

Berichte

Gedämpfter Optimismus auf der IWF-Jahresversammlung 1983

Die 38. Jahresversammlung von Internationalem Währungsfonds (IWF) und Weltbank fand vom 27. bis 30. September 1983 in der amerikanischen Bundeshauptstadt Washington D.C. am Sitz der beiden Institutionen statt. Wie in den Vorjahren war auch diese Weltwährungskonferenz ein Forum nicht nur für die Delegationen der 146 Mitgliedsländer, sondern ebenso für alle im internationalen Kreditgeschäft tätigen Bankiers. Mit weit mehr als 10 000 direkt oder indirekt Beteiligten übertraf die diesjährige Konferenz die vorangegangenen mit Abstand. Aber nicht allein die Zahl der Teilnehmer, sondern auch die Stimmung während und zum Abschluß dieser Konferenz unterschied sich deutlich vom vorjährigen Treffen in Toronto.

Immerhin ist die Hoffnung auf eine Lösung der gegenwärtigen weltwirtschaftlichen und währungspolitischen Probleme gewachsen, so daß vorsichtiger Optimismus gerechtfertigt erscheint. Waren im vergangenen Jahr die Aussichten auf ein Anspringen des Konjunkturmotors in den Industrieländern noch sehr gedämpft und mit dem „Schuldenschock“ Mexikos das Ausmaß der internationalen Verschuldung schlagartig deutlich geworden, mit dem Zwang, gemeinsam nach Lösungen zu suchen, so schienen die Rahmenbedingungen diesmal nicht mehr ganz so ungünstig. Zumindest war in vielen Fällen Zeit gewonnen.

Vorausgegangen waren der Jahresversammlung eine Reihe von Treffen und Begegnungen einzelner Ländergruppen bzw. regionaler Zusammenschlüsse wie auch institutionalisierter Ausschüsse. Neben der allgemeinen weltwirtschaftlichen Lage und den internationalen Verschuldungsproblemen wurden die Erörterungen weitgehend von IWF-Themen beherrscht, vor allem von der Frage des „Erweiterten Zugangs“ der Mitgliedsländer zu den Kreditschaltern des Währungsfonds nach Inkrafttreten der achten Quotenüberprüfung und der Aufbringung der nötigen Finanzmittel. Eine entscheidende Rolle spielte hierbei die Sitzung des Interimsausschusses des Gouverneursrates des Internationalen Währungsfonds, der am 21. September unter Vorsitz des belgischen Finanzministers *Willy de Clercq* zu seiner 21. Sitzung zusammentrat.

Der Interimsausschuß ist zwar kein Beschußorgan des IWF; seine Beratungsergebnisse treten nur nach entsprechender Beschußfassung im IWF-Exekutivdirektorium bzw. im Gouverneursrat für alle IWF-Mitgliedsländer verbindlich in Kraft. Die Zusammensetzung des Ausschusses, die mit der Sitzverteilung im Direktorium übereinstimmt, sowie seine hochrangige Besetzung durch Finanzminister und Notenbankgouverneure der Länder und Ländergruppen bieten jedoch in der Regel die Gewähr, daß das IWF-Exekutivdirektorium den Empfehlungen der Ausschuß-Mitglieder folgt. Erstmals in der Geschichte des Interimsausschusses konnte unter den Teilnehmern keine völlige Übereinstimmung erzielt werden. Indien sowie China, Algerien und Simbabwe mit ihren jeweiligen Wahlgruppen konnten in den äußerst schwierigen Verhandlungen nicht der Mehrheitsmeinung folgen. Es ist daher nicht auszuschließen, daß die Ergebnisse des Ausschuß-Treffens auch von den Direktoren dieser Länder in den anstehenden Sitzungen des IWF-Exekutivdirektoriums nicht mitgetragen werden. Auf die Mehrheitsmeinung und die endgültige Beschußfassung dürfte dies jedoch keinen entscheidenden Einfluß haben.

Der „Erweiterte Zugang“ (Enlarged Access) war Anfang 1981 als zeitlich befristete Maßnahme bis zum Inkrafttreten der nächsten Quotenaufstockung beschlossen worden. Seitdem können die Mitgliedsländer im Rahmen von Anpassungsprogrammen IWF-Kreditmittel bis zu 150 % der eigenen Quote pro Jahr bis zu einem Zeitraum von drei Jahren in Anspruch nehmen, wobei die Gesamtkreditaufnahme einschließlich der Inanspruchnahme von Krediten aus Sonderfazilitäten für den Dreijahreszeitraum insgesamt 600 % der Quote nicht übersteigen darf (Formel: 150/450/600). Den Ländern in großen Zahlungsbilanzschwierigkeiten insbesondere aufgrund der zweiten Ölpreiserhöhung sollte damit die Anpassung erleichtert werden. Mit dem bevorstehenden Inkrafttreten der Quotenerhöhung im Rahmen der achten allgemeinen Quotenprüfung stellte sich nunmehr die Frage, ob der Erweiterte Zugang wie ursprünglich vorgesehen mit der Quotenerhöhung eingestellt oder aber in evtl. modifizierter Form fortgeführt werden sollte. Mit Rücksicht auf die schwierige Weltwirtschaftslage und den voraussichtlich weiterhin hohen Zahlungsbilanzbedarf vieler Mitgliedsländer hat sich der Interimsausschuß für die zweite Alternative ausgesprochen. Die entscheidenden Passagen des Pressekommuniqués des Ausschusses bekräftigen den befristeten Charakter des Erweiterten Zugangs und sehen jährliche Überprüfungen der diesbezüglichen IWF-Politik vor:

- (a) Der Ausschuß ... kam ... zu dem Schluß, daß die Politik des Erweiterten Zugangs, die eine zeitlich befristete Maßnahme ist, für das Jahr 1984 entsprechend dem nachfolgend unter (b), (c) und (d) Gesagten fortgesetzt werden soll.

- (b) Die Ziehungsgrenzen und die Politik des Erweiterten Zugangs werden jährlich überprüft, um die weitere Zukunft dieser Politik – einschließlich ihrer Beendigung, ihrer schrittweisen Reduzierung oder ihrer Verlängerung – im Lichte aller maßgeblichen Faktoren, einschließlich des Ausmaßes der Zahlungsbilanzprobleme der Mitgliedsländer und der Entwicklung der Liquiditätslage des Fonds, zu erörtern.
- (c) Der Zugang zu den Fondsmitteln im Rahmen der Politik des Erweiterten Zugangs für den unter (a) genannten Verlängerungszeitraum wird begrenzt durch Ziehungsgrenzen von 102 bzw. 125 v. H. der Quote in einem Jahr, 306 bzw. 375 v. H. der Quote in einem Dreijahreszeitraum und kumulativ 408 bzw. 500 v. H. der Quote – je nach dem Ausmaß des Zahlungsbilanzbedarfs und der Stärke der Anpassungsanstrengungen. Diese Ziehungsgrenzen werden im Zusammenhang mit der Überprüfung der Politik des Erweiterten Zugangs regelmäßig überprüft. Das Exekutivdirektorium soll wie bisher die Möglichkeit haben, bei Vorliegen außergewöhnlicher Umstände auch Bereitschaftskredit-Vereinbarungen oder Kreditvereinbarungen im Rahmen der Erweiterten Fondsfasilität, die die Ziehungsgrenzen überschreiten, zu genehmigen.
- (d) Wie bisher sollen die Ziehungsgrenzen für ein Jahr und für einen Dreijahreszeitraum nicht als Zielgrößen angesehen werden; innerhalb dieser Grenzen sollen sich die Höhe des Zugangs im Einzelfall nach den Umständen des jeweiligen Mitgliedslandes richten – im Einklang mit den vom Exekutivdirektorium hierfür aufgestellten Kriterien.

(IWF Press Release Nr. 83/66. Press Communiqué of the Interim Committee. Übersetzung: Deutsche Bundesbank)

Der Ausschuß forderte das Exekutivdirektorium auf, in der Frage der Ziehungsgrenzen baldmöglichst zu einem Ergebnis zu gelangen. Der IWF wurde angewiesen, dabei die schwierigen Verhältnisse der Mitgliedsländer mit kleinen Quoten und niedrigen Einkommen besonders im Auge zu behalten.

Mit diesem weitgehenden Konsens haben die Finanzminister dem Drängen vieler IWF-Mitgliedsländer widerstanden, die geltenden prozentualen Obergrenzen für den Erweiterten Zugang auch unter den neuen Quoten möglichst beizubehalten, obwohl damit nicht nur die vorhandenen finanziellen Möglichkeiten des Währungsfonds überfordert gewesen wären, sondern auch seine künftige Mittelausstattung vorerst nicht absehbar ist. Zwar hatte der Interimsausschuß auf seiner vorletzten Sitzung im Februar 1983 Einigung über eine Quotenerhöhung um rd. 48 % auf gut 90 Mrd. SZR erzielt mit der Maßgabe, daß in Übereinstimmung mit dem vom Gouverneursrat vorgegebenen Zeitplan die Quotenaufstockung noch vor Ende des Jahres in Kraft treten soll. Zur Jahresversammlung hatten jedoch erst Mitglieder mit einem Quotenanteil von 29,2 % ihre neue Quote ratifiziert, so daß keineswegs ausgemacht ist, daß dem IWF die zu erwartenden Mittel aus den Quoteneinzahlungen wie vorgesehen zur Verfügung stehen werden.

Allgemeine Sorge erweckten in diesem Zusammenhang die weiterhin ungewissen Aussichten des Ratifizierungsverfahrens im US-Kongreß. Zwar hat die entsprechende Regierungsvorlage sowohl den Senat als auch das Repräsentantenhaus passiert, letzteres allerdings nur mit sehr knapper Mehrheit. Unterschiedliche Zusatzanträge machen jedoch ein Verfahren zur Herstellung der Deckungsgleichheit erforderlich. Eine Ablehnung würde zwar nicht die Quotenerhöhung unmöglich machen, da das Mehrheitserfordernis für ein Inkrafttreten bei 70 % liegt und der US-Anteil unter 20 % liegt, eine Verweigerung der Amerikaner hätte jedoch unübersehbare Folgen, auf die US-Präsident *Reagan* in einer Begrüßungsansprache in eindringlicher Weise hinwies: "If the Congress does not approve our participation, the inevitable consequence would be a withdrawal by other industrialized countries from doing their share. At the end of this road could be a major disruption of the entire world trading and financial systems – an economic nightmare that could plague generations to come. No one can afford to make light of the responsibility we all share."

Nicht weniger problematisch ist die ebenfalls ausstehende Ratifizierung der im Frühjahr d.J. neugefaßten und erweiterten Allgemeinen Kreditvereinbarungen (AKV) durch den amerikanischen Kongreß. Ein Veto des US-Kongresses würde diese für die finanzielle Solidität des IWF ebenso wichtige Finanzierungsfazilität zum Scheitern bringen. Die nach den neu formulierten Kriterien für eine Inanspruchnahme von AKV-Mitteln zur Voraussetzung gemachte „Gefährdung des internationalen Währungssystems“ könnte dadurch angesichts der globalen Verschuldungssituation noch beschleunigt werden.

Die Verzögerung des US-Ratifizierungsverfahrens erscheint um so gravierender, als sich der Fonds schon in den letzten Monaten immer stärker in eine „Zusagenlücke“ hineinbewegt hat, die zwischen den Kreditzusagen des IWF sowie seinen Eigenmitteln und fest kontrahierten Fremdmitteln klafft. Bislang hat der IWF Ziehungen im Rahmen seiner regulären Fazilitäten aus Quotensubskriptionen finanziert, während die erforderlichen Mittel für Ziehungen unter dem Erweiterten Zugang durch Kreditaufnahmen des Fonds bei nationalen Währungsbehörden aufgebracht wurden. So stellte die saudi-arabische Währungsbehörde (SAMA) in den Jahren 1981 und 1982 jeweils 4 Mrd. Sonderziehungsrechte und die Bank für Internationale Zahlungsausgleich (BIZ) 1,2 Mrd. SZR zur Verfügung. Für Ende 1983 rechnet der IWF angesichts des stark gestiegenen Finanzbedarfs gleichwohl mit einer „Zusagenlücke“, die er auf rund 6 Mrd. SZR, bis zum Frühjahr 1984 – bei Ausbleiben der Quotenerhöhung und AKV-Aufstockung – sogar auf fast 8 Mrd. SZR beziffert. Saudi-Arabien hatte sich zwar schon vor der

Tabelle 1: Zusammenfassende Übersicht der Leistungsbilanzen 1973 - 1983^{a)}
 (in Milliarden US-Dollar)

	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983 ^{b)}
Industrieländer	20,3	-10,8	19,8	0,5	-2,2	32,7	-5,5	-40,2	-0,3	-3,6	16,0
Sieben größere Länder	14,8	-2,7	24,9	10,1	10,4	36,2	6,9	-13,6	15,4	10,5	20,5
Übrige Industrieländer	5,5	-8,1	-5,1	-9,6	-12,6	-3,5	-12,4	-26,6	-15,7	-14,1	-4,5
Entwicklungs länder											
Ölexportländer	6,7	68,3	35,4	40,3	30,2	2,2	68,6	114,3	65,0	-2,2	-27,0
Nicht-Öl-Entwicklungs länder ^{c)}	-11,3	-37,0	-46,3	-32,6	-28,9	-41,3	-61,0	-89,0	-107,7	-86,8	-68,0
Nach Gebieten											
Afrika ^{d)}	-1,9	-3,2	-6,6	-6,1	-6,6	-9,4	-9,9	-12,9	-14,0	-13,2	-13,5
Asien ^{c)}	-2,6	-9,9	-8,9	-2,7	-0,8	-7,2	-14,8	-24,3	-22,2	-15,6	-17,5
Europa	0,6	-4,4	-4,9	-4,7	-8,4	-6,7	-9,9	-12,5	-10,5	-7,1	-4,0
Mittlerer Osten	-2,6	-4,5	-6,9	-5,4	-5,1	-6,2	-8,5	-9,4	-11,1	-12,9	-12,0
Westliche Hemisphäre	-4,7	-13,5	-16,3	-11,8	-8,5	-13,3	-21,4	-33,4	-45,4	-34,9	-21,5
Insgesamt	15,7	20,5	8,9	8,2	-0,9	-6,4	2,1	-14,9	-43,0	-92,6	-79,0

^{a)} Güter, Dienstleistungen und private Übertragungen. Für die Industrieländer sind Alternativsalden der Leistungsbilanzen einschließlich offizieller Übertragungen für die Jahre 1979 - 1982 in Tab. 8 wiedergegeben. Für 1983 wurden die folgenden Leistungsbilanzsalden einschließlich offizieller Übertragungen projektiert: -7,5 Mrd. Dollar für die Industrieländer als Gruppe gesehen, 1,0 Mrd. Dollar für die größeren Länder und -8,5 Mrd. Dollar für die übrigen Industrieländer. Die hier verwendete Einteilung der Länder in Ländergruppen ist in den Tab. 1 und 2 erklärt.

^{b)} Projektionen des IWF-Stabs. Zahlen sind auf die nächste halbe Milliarde gerundet.

^{c)} Daten für China vor 1977 sind nicht aufgenommen.

^{d)} Mit Ausnahme Südafrikas.

Quelle: Jahresbericht 1983 des Internationalen Währungsfonds, S. 50.

Jahresversammlung bereit erklärt, die für 1983 zu erwartende Lücke durch einen weiteren Kredit über 3 Mrd. SZR schließen zu helfen, sofern die Industrieländer einen gleich hohen Betrag beisteuern. Bislang haben sich jedoch die Notenbanken der Zehnergruppe vor allem unter dem Eindruck der unentschlossenen Haltung der USA noch nicht zu einer entsprechenden Kreditzusage bereit gefunden. Bis zu einer endgültigen Lösung der Refinanzierungsfragen wird sich der IWF unter Umständen gezwungen sehen, Kreditwünsche unter dem Erweiterten Zugang nur noch vorbehaltlich ausreichender Finanzierungsmittel zu bewilligen oder den Zugang zu dieser Fazilität zu beschränken, wenn nicht völlig einzustellen. Mit der Bekräftigung seiner bereits früher geäußerten Ansicht, daß Quotensubskriptionen die Hauptfinanzierungsquelle des Währungsfonds bleiben sollten, hat sich der Interimsausschuß im übrigen – wenn auch nur indirekt – gegen Pläne ausgesprochen, die Zahlungsbilanzhilfen des IWF über die Kapitalmärkte zu refinanzieren.

Erneut auf der Tagesordnung des Interimsausschusses stand die Frage einer Neuzuteilung von SZR. Obwohl besonders die Entwicklungsländer wiederum für Neuzuteilungen plädierten, konnten sie sich letztlich nicht durchsetzen. Gegen diese Wünsche wurde geltend gemacht, daß die Zuteilungskriterien – ein langfristiger globaler Bedarf an zusätzlichen Währungsreserven – unter Berücksichtigung der aktuellen weltweiten Liquiditäts-, Inflations- und Wachstumsentwicklung nicht erfüllt seien. (Vgl. Tab. 2: Offizielle Währungsreserven 1973 – 1983). Damit konnten zugleich erneute Versuche abgewehrt werden, die Wiederaufnahme von SZR-Neuzuteilungen durch sachfremde, durch das IWF-Übereinkommen nicht gedeckte Argumente zu begründen. Der Interimsausschuß sprach gleichwohl die Empfehlung aus, die Erörterung dieser Fragen mit Vorrang fortzusetzen, um gegebenenfalls die erforderliche „breite Unterstützung“ der Mitgliedsländer für einen Zuteilungsvorschlag des Geschäftsführenden Direktors zu erreichen.

Die Weltbank-Tagung stand auf der diesjährigen Jahresversammlung einmal mehr im Schatten des Treffens ihrer Schwesterorganisation – und das obwohl hier kaum weniger brisante Themen zur Diskussion anstanden als beim IWF. Dieses Interessengefälle war um so überraschender, als man sich gerade in letzter Zeit unter dem Eindruck der internationalen Wirtschafts- und Verschuldungslage mehr und mehr auf die sich wechselseitig ergänzende Aufgabenstellung der Bretton Woods-Institutionen besonnen hatte und dabei sowohl auf offizieller als auch privater Ebene intensiv darüber nachdachte, wie die Weltbank verstärkt in die Lösung der aktuellen internationalen Probleme eingeschaltet werden könnte. Statt derartiger Über-

legungen standen jedoch bei der Weltbank dringende Refinanzierungsfragen im Vordergrund der Erörterungen, die in erster Linie darauf gerichtet waren, erst einmal die laufende Geschäftstätigkeit der Weltbank zu sichern. Dies galt vor allem für die bis Mitte 1984 zu vereinbarende 7. Wiederauffüllung der Mittel der Internationalen Entwicklungsorganisation, IDA (International Development Agency), des „weichen“ Schalters der Weltbank-Gruppe.

Wie schon in den vier vorausgegangenen Verhandlungsrunden konnte auch im Entwicklungsausschuß – dem „Gemeinsamen Ministerausschuß der Gouverneursräte der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds für den Transfer realer Ressourcen in Entwicklungsländer“, der sich traditionellerweise auf Ministerebene mit den jeweils anhängigen Weltbank-Fragen befaßt und zuletzt unter dem Vorsitz des pakistinischen Finanz- und Handelsministers tagte – keine Übereinstimmung über die Kernfragen erzielt werden. Die Vorstellungen über das IDA-Wiederauffüllungsvolumen für die Jahre 1984/85 bis 1986/87 bewegen sich unverändert innerhalb einer Spannweite von 16 bis 20 Mrd. US-Dollar, die von Entwicklungsländerseite gefordert werden, bis hin zu dem Angebot der USA eines jährlichen amerikanischen Finanzierungsbeitrags von lediglich 750 Mill. US-Dollar, was bei einer gegenüber IDA VI unveränderten Lastenverteilung auf ein Gesamtvolumen von rd. 9 Mrd. US-Dollar hinausliefe. Demgegenüber zeichnete sich in Washington bei den übrigen Geberländern eine Annäherung auf ein Volumensziel von etwa 12 Mrd. US-Dollar ab; trotz zwischenzeitlicher Inflation, verschärfter Zahlungsbilanzprobleme der ärmsten Mitgliedsländer und erstmaliger Kreditwünsche Chinas an die IDA stünde der Weltbank bei Verwirklichung dieses Volumensziels für die kommenden Geschäftsjahre nur ein gegenüber der letzten Auffüllungsrunde nominal unveränderter Betrag an konzessionären Finanzierungsmitteln zur Verfügung.

Die Erörterungen im Weltbank-Bereich konzentrierten sich darüber hinaus auf eine selektive Erhöhung des Bank-Kapitals, die darauf abzielt, die relativen Kapitalanteile bei der Weltbank an die geänderte IWF-Quotenstruktur anzupassen und ein starker expandierendes Ausleiheprogramm durch Zufuhr neuer Eigenmittel abzusichern. Hier konnte – ausgehend von einer Maximalforderung von 20 Mrd. US-Dollar – insoweit eine Annäherung der Standpunkte erreicht werden, als sich praktisch alle Länder mit einem Kompromiß für die Kapitalerhöhung in Höhe von rd. 8 Mrd. US-Dollar einverstanden erklärten; lediglich die USA beharrten unverändert auf einem Aufstockungsvolumen von 3 Mrd. US-Dollar. Über die von Weltbank-Präsident Clausen vorgeschlagene allgemeine Kapitalerhöhung der Bank,

Tabelle 2: Offizielle Währungsreserven per Jahresende (in Milliarden SZR)

	1973	1977	1978	1979	1980	1981	1982	März 1983
Alle Länder								
Währungsreserven (ohne Gold) insgesamt								
IWF-bezogene Aktiva								
Reservepositionen im Fonds	6,2	18,1	14,8	11,8	16,8	21,3	25,5	29,4
Sonderziehungsrechte	<u>8,8</u>	<u>8,1</u>	<u>8,1</u>	<u>12,5</u>	<u>11,8</u>	<u>16,4</u>	<u>17,7</u>	<u>17,5</u>
IWF-bezogene Aktiva insgesamt	15,0	26,2	22,9	24,3	28,6	37,7	43,2	46,9
Devisen	<u>102,7</u>	<u>203,6</u>	<u>223,9²</u>	<u>249,7</u>	<u>296,8</u>	<u>304,8</u>	<u>294,6</u>	<u>293,3</u>
Währungsreserven (ohne Gold) insgesamt	117,7	229,8	246,9 ²	274,0	325,4	342,5	337,8	340,2
Gold								
Menge (in Millionen Unzen)	1 022	1 029	1 037	944 ⁴	952	952	947	947
Wert zum Londoner Marktpreis	95,0	139,8	179,9	367,1	440,2	325,0	392,2	364,1
Industrieländer								
Währungsreserven (ohne Gold) insgesamt								
IWF-bezogene Aktiva								
Reservepositionen im Fonds	4,9	12,2	9,6	7,7	10,7	13,5	17,1	20,7
Sonderziehungsrechte	<u>7,1</u>	<u>6,7</u>	<u>6,4</u>	<u>9,3</u>	<u>8,9</u>	<u>11,9</u>	<u>14,1</u>	<u>14,1</u>
IWF-bezogene Aktiva insgesamt	12,0	18,9	16,0	17,1	19,6	25,4	31,2	34,8
Devisen	<u>65,7</u>	<u>100,0</u>	<u>127,2</u>	<u>136,1</u>	<u>164,3</u>	<u>159,7</u>	<u>153,2</u>	<u>155,1</u>
Währungsreserven (ohne Gold) insgesamt	77,7	118,9	143,1	153,2	183,9	185,2	184,4	190,0
Gold								
Menge (in Millionen Unzen)	874	881	884	789 ⁴	788	788	787	787
Wert zum Londoner Marktpreis	81,3	119,6	153,4	306,7	364,2	269,1	326,0	302,6

Ölexportländer	Währungsreserven (ohne Gold) insgesamt		7,4
	IWF-bezogene Aktiva	5,4	
Reservepositionen im Fonds	0,4	0,5	2,0
Sonderziehungsrechte	0,3	0,3	9,4
IWF-bezogene Aktiva insgesamt	0,6	5,8	9,4
Devisen	10,2	55,2	60,5
Währungsreserven (ohne Gold) insgesamt	10,8	61,0	69,9
Gold	34	34	42
Menge (in Millionen Unzen)	3,1	4,8	42
Wert zum Londoner Marktpreis	6,3	14,2	16,2
Nicht-Öl-Entwicklungsländer			
Währungsreserven (ohne Gold) insgesamt			
IWF-bezogene Aktiva	0,9	0,5	1,3
Reservepositionen im Fonds	1,4	1,1	1,4
Sonderziehungsrechte			
IWF-bezogene Aktiva insgesamt	2,4	1,6	2,7
Devisen	26,8	48,4	3,3
Währungsreserven (ohne Gold) insgesamt	29,2	49,9	2,7
Gold	114	114	77,7
Menge (in Millionen Unzen)	10,6	15,5	80,3
Wert zum Londoner Marktpreis	20,2	46,2	
	118	122	
	41,8	49,7	
	118	118	
	45,4	45,4	

Quelle: Jahresbericht 1983 des Internationalen Währungsfonds, S. 111.

die bis Mitte 1986 in einer Größenordnung von 40 bis 60 Mrd. US-Dollar angestrebt wird, fand demgegenüber nur ein erster Gedankenaustausch ohne konkrete Ergebnisse statt. Der Entwicklungsausschuß forderte jedoch das Weltbank-Exekutivdirektorium auf, bis zur Sitzung des Ausschusses im September 1984 einen Bericht über die künftigen Aufgaben der Bank und ihren damit verbundenen Kapitalbedarf vorzulegen. Erwähnenswert ist schließlich die breite Zustimmung, die der Vorschlag im Entwicklungsausschuß fand, in den kommenden Monaten Verhandlungen über eine Erhöhung des Eigenkapitals der Internationalen Finanz-Corporation, IFC (International Finance Corporation) des „privatwirtschaftlichen Arms“ der Weltbank-Gruppe, aufzunehmen.

Zum Zustandekommen dieser im ganzen doch recht beachtlichen Vereinbarungen auf der letzten Jahresversammlung dürfte nicht zuletzt das eindringliche Engagement des Weltbank-Präsidenten beigetragen haben, mit dem dieser u. a. in seiner Eröffnungsaussprache auf der Jahresversammlung für die erforderlichen Mittel zur Absicherung stärker expandierender Ausleiheprogramme der Weltbank-Gruppe warb:

“The lives of hundreds of millions of people in the Third World will be touched, for good or for ill, by what destiny you choose for these institutions. And choose you must. And choose rightly, I know you will.”

Ein herausragendes Ereignis am Rande der diesjährigen IWF/Weltbank-Jahresversammlung, das die Bedeutung dieser Einrichtung als informelles Forum für internationale Kontakte zwischen offiziellen Repräsentanten und Vertretern der Geschäftsbanken unterstreicht, war die grundsätzliche Vereinbarung eines neuen Kreditpaketes zugunsten Brasiliens. Im Rahmen dieser 11 Mrd. US-Dollar Übereinkunft haben die durch den Lenkungsausschuß vertretenen 850 Gläubigerbanken Brasilien weitere Kredite in Höhe von 6,5 Mrd. US-Dollar zugesagt. Die endgültige Zurverfügungstellung der neuen Kredite steht allerdings unter Vorbehalt, daß die gegenüber dem IWF eingegangenen Auflagen „ratifiziert“ werden.

Mit dieser gemeinsamen Aktion haben die beteiligten Kreditgeber erneut ein eindrucksvolles Beispiel für die in den offiziellen Tagungsreden oft beschworene internationale Zusammenarbeit gegeben, die allgemein als Grundvoraussetzung für die Überwindung der globalen Wirtschaftsprobleme angesehen wird. In diesem Sinne wurde auf der Jahresversammlung auch eindringlich vor nationalen, insbesondere protektionistischen Alleingängen gewarnt. Stattdessen unterstrich der Interimsausschuß „Die Notwendigkeit einer auf die Förderung eines offenen multilateralen Handels- und Zahlungssystems gerichteten Politik, was sowohl im Interesse der Industrie- als auch der Entwicklungsländer liege“.

Tabelle 3

**Nicht-Öl-Entwicklungsländer: Aufgliederung der nicht getilgten Schulden
nach ausgewählten Ländergruppen, Ende 1982**
(in Mrd. Dollar und in Prozent, wo angezeigt)

	Wichtige Kredit- nehmer ^{a)}	Länder mit niedrigem Volkseinkommen (außer China und Indien)	Sonstige Länder ^{b)}
I. In Milliarden US-Dollar			
Verschuldung insgesamt	447,0	56,6	108,8
Kurzfristige Schulden	99,7	3,0	10,0
Langfristige Schulden	347,3	53,6	98,8
Durch Bürgschaft gesichert, bei offiziellen Gläubigern	93,7	44,8	54,7
Sonstige	253,6	8,8	44,1
II. In Prozent der jeweiligen Gesamtbeträge für alle Nicht-Öl-Entwicklungsländer			
Verschuldung insgesamt	73,0	9,2	17,8
Kurzfristige Schulden	88,4	2,7	8,9
Langfristige Schulden	69,5	10,7	19,8
Durch Bürgschaft gesichert, bei offiziellen Gläubigern	48,5	23,2	28,3
Sonstige	82,7	2,9	14,4

^{a)} Die 20 Länder (unter den Nicht-Öl-Entwicklungsländern) mit der höchsten Auslandsverschuldung (geschätzt) bei privaten Gläubigern sind: Mexiko, Brasilien, Argentinien, Chile, Peru, Ecuador, Kolumbien, Korea, die Philippinen, Thailand, Malaysia, Griechenland, Marokko, Ägypten, Jugoslawien, Israel, die Türkei, Portugal, Rumänien und Ungarn.

^{b)} Restgruppe (darunter China und Indien).

Quelle: Jahresbericht 1983 des Internationalen Währungsfonds S. 58.

Dabei setzte sich letztlich die Auffassung durch, daß sich die bestehenden Wirtschaftsprobleme einschließlich der Schuldenkrise nur durch eine möglichst inflationsfreie Erholung der Weltwirtschaft bei zugleich fortgesetzten Anpassungsbemühungen aller Länder meistern ließen. Der inzwischen in Gang gekommene Aufschwung in wichtigen Industrieländern und die sich verbessernde außenwirtschaftliche Lage vieler Entwicklungsländer boten denn auch im Verein mit der weithin demonstrierten Kooperationsbereitschaft der Tagungsteilnehmer Anlaß für einen doch optimistischen Ausklang des Jahrestreffens.

Rüdiger von Rosen, Frankfurt a. M.

Zusammenfassung

Gedämpfter Optimismus auf der IWF-Jahresversammlung 1983

Im Mittelpunkt der diesjährigen Jahresversammlung von Internationalem Währungsfonds und Weltbank standen neben der Erörterung der Weltwirtschaftslage und der internationalen Schuldensituation die künftige Politik des IWF im Rahmen des „Erweiterten Zugangs“ sowie die Refinanzierung dieser Kreditfazilität und der Ausleiheprogramme der Weltbank-Gruppe. Obwohl die drängenden Refinanzierungsfragen vor allem wegen ihrer schleppenden Behandlung im US-Kongreß und abweichender amerikanischer Vorstellungen letztlich nicht zu lösen waren, konnte zwischen den übrigen Mitgliedsländern in allen Bereichen eine weitgehende Annäherung zuvor divergierender Standpunkte erreicht werden. Das zugunsten Brasiliens von Geschäftsbanken und Regierungen geschnürte Kreditpaket gehört zu den wohl wichtigsten Ereignissen der Jahresversammlung von unmittelbarer Bedeutung. Es hat zusammen mit der in Gang gekommenen wirtschaftlichen Erholung in mehreren Industriestaaten und der sich verbesserten außenwirtschaftlichen Lage vieler Entwicklungsländer entscheidend zu dem verhalten optimistischen Ausklang der Jahresversammlung beigetragen.

Summary

Moderate Optimism at the '83 IMF-Annual Meeting

At the centre of this year's annual meeting of the International Monetary Fund and the World Bank were discussions on the world economic situation, the international debt situation, the future policy of the IMF under the "enlarged access", the refinancing of that credit facility and the lending programmes of the World Bank Group. Although solving the urgent refinancing questions was ultimately not possible, mainly because of their protracted treatment in the U.S. Congress and differing American ideas, the other member countries were able to reach wide-ranging agreement on previously diverging positions in all areas. The package of loans arranged by commercial banks and governments in favour of Brazil is probably one of the annual meeting's most important events of immediate significance. Together with the economic recovery under way in several industrial countries and the improving external situation of many developing countries, it contributed much to the moderately optimistic conclusion of the annual meeting.

Résumé

Optimisme tempéré à l'Assemblée annuelle du FMI

A l'ordre du jour de la réunion de cette année de l'assemblée générale du Fonds monétaire international et de la Banque mondiale figuraient outre la situation économique mondiale et la situation d'endettement à l'échelle internationale la future politique du FMI dans le cadre de l'« Accès élargi » ainsi que le refinancement de

cette facilité de crédit et des programmes de prêt du groupe de la Banque mondiale. Bien que les graves problèmes de refinancement n'aient pas pu être résolus en définitive, en raison notamment de la lenteur avec laquelle ils sont examinés au sein du Congrès américain et des conceptions divergentes du côté américain, les autres pays membres sont parvenus, dans tous les domaines, à accommoder leurs points de vue auparavant divergents. Le programme d'aide financière accordée au Brésil par les banques commerciales et les gouvernements constitue certainement l'un des événements – aux répercussions immédiates – les plus marquants de l'assemblée générale. Cet accord a, conjointement avec la reprise économique qui s'est amorcée dans plusieurs pays industriels et l'amélioration des échanges extérieurs de bon nombre de pays en développement, contribué de façon décisive à donner à l'issue de l'assemblée générale une note légèrement optimiste.